

TTIP auf der Überholspur? - Vielleicht doch nicht!

Jetzt hat es US-Präsident Obama endlich geschafft: Der US-Kongress hat nach einigen Geschäftsordnungs-Finessen in beiden Häusern dem sogenannten Fast-Track-Gesetz zugestimmt. (fast track = Überholspur). Mit diesem Gesetz gibt der amerikanische Kongress dem US-Präsidenten für die nächsten sechs Jahre die Vollmacht, ohne parlamentarische Kontrolle über die anstehenden Freihandelsabkommen zu verhandeln. Senat und Repräsentantenhaus dürfen dann nur noch über den ausgehandelten Vertrag mit „Ja“ oder „Nein“ befinden. Im Fokus ist zunächst TTP, ein Abkommen mit zwölf Pazifik-Anrainer-Staaten, aber auch TTIP, der Freihandelsvertrag zwischen USA und EU steht auf der Agenda. Der „fast track“ wurde durchgesetzt gegen anfänglichen heftigen Widerstand der demokratischen Partei im Senat, also Obamas eigener Partei und gegen die Opposition von Gewerkschaften und Umweltverbänden, die sonst traditionell auf der Seite der Demokraten zu finden sind. Derselbe Obama, der einst antrat mit dem Versprechen, dass seine Regierung „kein Werkzeug für Lobbyisten“ sei, sondern für die „Verteidigung von Fairness und Chancengleichheit“ eintreten werde, dieser Obama ist jetzt eingeknickt vor der allmächtigen Industrielobby. Begeisterung löste denn auch der „fast track“ bei den amerikanischen Wirtschaftsführern aus. Von einer „Revitalisierung der Wirtschaft“ war die Rede und von „global leadership“. Anders sah es bei der Mehrzahl der demokratischen Senatoren aus, die ja ihre Erfahrungen mit NAFTA, dem Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko schon gemacht haben. Bernie Sanders (Vermont) beklagt als Folge dieses Abkommens den Verlust von „Millionen von Arbeitsplätzen“ und „60 000 Fabriken“ in den USA und spricht von einem „Krieg gegen arbeitende Amerikaner“. Sanders redet zwar im Kampfmodus eines Linksdemokraten, aber die Jobverluste durch Freihandelsabkommen in den beiden letzten Jahrzehnten werden auch von seriösen US-Instituten auf vier bis fünf Millionen beziffert. Elizabeth Warren (Massachusetts) fordert ihre Senatskollegen auf, gegen die „geheimen Deals“ zu kämpfen. Wenn Kongressabgeordnete Einblick in die bisherigen Verhandlungsdokumente zu TTP und TTIP nehmen wollen, dürfen sie das nur unter Aufsicht in einem Kellerraum des Kapitols tun. „Was verstecken sie?“, fragt Senator Sharrod Brown aus Ohio.

Ja, was verstecken sie? Da fällt uns ein, dass es auf unserer Seite des Atlantik ähnlich zugeht. Wenn Abgeordnete des EU-Parlaments Einblick in Dokumente aus den laufenden Verhandlungen nehmen wollen, dann dürfen sie nur Bleistift und Notizblock mitbringen und sitzen unter Aufsicht in einem abgeschlossenen Raum. „Fast track“ braucht es in der EU gar nicht; es gibt keine „Überholspur“ - auf der „Autobahn“ tummeln sich einzig und allein die EU-Handelskommissarin Malmström und ihr Mitarbeiterstab, denen das Verhandlungsmandat durch Beschluss des EU-Ministerrats übertragen ist. Das EU-Parlament kann nach Abschluss der Verhandlungen nur mit „Ja“ oder „Nein“ über das Vertragswerk abstimmen. Ob die nationalen Parlamente innerhalb der EU überhaupt noch eine Entscheidung zu den Freihandelsabkommen treffen dürfen, hängt davon ab, ob es sich um sogenannte „vermischte“ Abkommen handelt, wozu gerade eine Klage des früheren Handelskommissars de Gucht beim EuGH anhängig ist. Rein rechtsformal ge-

sehen, ist also in Ordnung, was in Brüssel in Sachen TTIP auf der Tagesordnung steht. Das Unbehagen der Bürger und die Ohnmacht des EU-Parlaments ist den Demokratie-Defiziten der EU-Verfassung geschuldet. Wer kann zum Beispiel verstehen, warum im Verhandlungsmandat der EU, das ursprünglich streng geheim war, dann geleakt und später vom Rat der Europäischen Union veröffentlicht wurde, extrem wirtschaftsliberale Zielvorgaben gemacht wurden, wie sie höchstens von winzigen Minderheiten im EU-Parlament oder in den nationalen Parlamenten vertreten werden? Man kann mit Recht bezweifeln, ob die im Verhandlungsmandat vorgesehenen Vorbehalte hinsichtlich Arbeitsrecht, Umweltschutz und öffentlicher Dienstleistungen für einen wirksamen Schutz in den betroffenen Bereichen ausreichend sein werden, zumal die betroffenen Gruppen nicht am Verhandlungstisch sitzen und eine offene Auseinandersetzung in den politischen Gremien nicht stattfinden kann.

So haben wir auf beiden Seiten des Atlantik eine vergleichbare Situation: In der EU und in den USA arbeitet die Exekutive in äußerster Ausnutzung ihrer Kompetenzen daran, Freihandelsabkommen durchzusetzen. Und draußen vor der Tür stehen hüben und drüben Gewerkschaftler, Bürgerrechtler, Sozial- und Umweltverbände. Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative hat über zwei Millionen Unterschriften gesammelt, in den deutschen Großstädten nehmen alle paar Monate 30.000 und mehr Anti-TTIP-Demonstranten die Straßen in Beschlag. Auch in den USA haben über zwei Millionen Bürger an ihre Abgeordneten geschrieben, die großen US-Gewerkschaften haben angekündigt, die sozialen Folgen des Freihandels zum Wahlkampfthema zu machen. Die neuen Abkommen sind also noch lange nicht in trockenen Tüchern. Aber geht es wirklich um eine Art Endkampf zwischen Bürgergesellschaft und Konzernmacht? Wer so etwas behauptet, reiht sich doch bei den Verschwörungstheoretikern ein! - Meinen Sie? Dann schauen Sie bitte in zwei Wochen wieder bei bei unserer TTIP-Kolumne herein.